



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen, Jusos
ADRESSAT	UB-Parteitag
BETREFF	Regelmäßige Sachstandsberichte zu bereits beschlossenen Anträgen bei den Parteitagen und Mitgliederversammlungen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der UB Parteitag möge beschließen

Es soll bei UB-Parteitagen ein fester Tagesordnungspunkt eingerichtet werden, bei dem über die Umsetzung beschlossener Anträge berichtet wird. Über erledigte Anträge ist beim jeweils nächsten Parteitag zu berichten, über noch offene Anträge jährlich.

Sollte ein Antrag nicht mehr weiterverfolgt werden können, so soll es möglich sein, dass die Anwesenden durch eine einfache Mehrheit den Antrag als gescheitert in der Umsetzung beschließen können.

Begründung:

Der Werdegang beschlossener Anträge ist für delegierte Personen und Besucher derzeit nicht nachvollziehbar. Zu vielen Anträgen aus den vergangenen Jahren sind keine weiteren Informationen bekannt (Beispielsweise: "Open Data", "Visualisierter Haushalt")

Angenommen: wie empfohlen in geänderter Form

Abgelehnt:

Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen, Jusos
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei, SPD Landtagsfraktion, SPD Landespartei, SPD Ratsfraktion Duisburg und SPD Bezirksfraktionen Duisburgs
BETREFF	Eine Zukunft für Deutschland, ein Vorbild für die Welt

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Der UB Parteitag möge beschließen

In den Bundes- und Landes Gesetzen und Bauvorschriften sind jeweils Änderungen vorzunehmen, die folgende umweltpolitischen Forderungen realisieren:

1. Jeweils mindestens 40 % der Dachflächen sollen zukünftig in der Regel gen Süden zeigen.
2. Versiegelte Flächen (Gebäudedach + Garage + Garagenvorplatz etc.) sind zu mindestens 40% zur Energiegewinnung, oder als begrünte Flächen auszubauen.
3. Photovoltaikanlagen bis 2,5 KW („Guerillaanlagen“) bedürfen zukünftig nur einer Typenzulassung, der jeweilige Stromzähler kann in beide Richtungen laufen (kostenfreie Energie Cloud). Ein Vergütungsanspruch des Anlagenbetreibers ist ohne besondere Anmeldung ausgeschlossen.

Begründung:

Der Klimawandel macht sich in Deutschland in den vergangen drei Jahren deutlich durch die drei heißesten Jahre seit Wetteraufzeichnung deutlich bemerkbar.

Wir haben bereits 5 nach 12 und trotzdem rennen wir in eine unsichere Zukunft, die ggf. den Untergang der Menschheit bedeuten kann.

Unsere technologiebasierte Zukunft kann nur dauerhaft durch neue Technologien der Energiespeicherung und erneuerbare Energien geschaffen werden.

Umweltpolitisch unproblematisch und bislang nicht ausreichend genutzt ist das Potenzial der Photovoltaik. So sollen bei Neubauten die Dachflächen Solarideal ausgerichtet werden (Antrag zu 1), und die Versiegelung von Flächen bei Neubau oder Neueindeckung entweder durch begrünte Dachflächen oder durch Energiegewinnung (Photovoltaik oder Solarthermie) kompensiert werden.

Auch sozial Schwächere sollen individuell Ihren Beitrag zur Zukunft leisten können und sich vom Markt der steigenden Strompreise für Privathaushalte durch den Einsatz von „Guerillaanlagen“ abkoppeln können. Hier sollten die Hürden deutlich reduziert werden.

Angenommen: X

Abgelehnt:

Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Mehr Demokratie wagen

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Mehr Demokratie wagen! –
6 Es ist Zeit für echte Wirtschaftsdemokratie!
7
8 Ausgangslage
9 „Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Das Tempo der
10 Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und
11 Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle
12 Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an
13 Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen
14 abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und
15 Selbstständigkeit bestimmt.“ (Hamburger Programm der SPD)
16
17 Die Arbeitswelt verändert sich stetig und dies nicht immer zum Vorteil der
18 Arbeitnehmer*innen. Unser Anspruch ist es, diesen Wandel in unserem Sinne zu
19 gestalten. Die Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweise Entgrenzung von Arbeit
20 fordern uns Sozialdemokrat*innen dazu heraus, Arbeit neu zu denken und dabei das
21 Ganze Feld der Arbeitswelt in den Blick zu nehmen.
22
23 Demokratisierung aller Lebensbereiche
24 Die Demokratie ist eine allgemein akzeptierte und legitimierte Form, Staaten zu regieren;
25 sie kann also für die Führung von Unternehmen keine Gefahr darstellen. Eine die
26 Gesellschaft umfassende Demokratisierung muss auch die Einbeziehung der Wirtschaft
27 meinen. Unser Ziel ist die Verschiebung ökonomischer Machtstrukturen und die
28 größtmögliche Begrenzung der Macht des Kapitals. Es muss uns um eine
29 gleichberechtigte Partizipation zwischen Kapital und Arbeit im Unternehmen gehen.
30
31 Die Demokratisierung der Gesellschaft darf sich nicht nur auf das Wahl-, das
32 Versammlungs-, das Rede- und das Presserecht beschränken. Sie muss durch die
33 Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt und konsequent umgesetzt werden. Unser Ziel
34 muss eine starke, lebendige und umfassende Bürgergesellschaft sein, die den Bereich der
35 Wirtschaft vollständig umfasst.
36
37 Was ist zu tun?
38 Es braucht eine umfassende Mitbestimmung der Arbeitnehmer*innen im Unternehmen.
39 Arbeitnehmer*innen müssen die Möglichkeit bekommen, die Entscheidungen der
40 Unternehmensführung mitzugestalten, zu korrigieren und zu ergänzen.
41

42 Denkbar ist für uns die Verankerung einer demokratischen Betriebsverfassung in
43 Unternehmen, die die Wahlen zu den betrieblichen Gremien und den Führungspositionen,
44 wie z. B. Vorarbeiter*innen, Abteilungsleiter*innen, Bereichsleiter*innen
45 Geschäftsführer*innen, regelt. Weiter ist die Beteiligung der Mitarbeiter*innen am Gewinn
46 des Unternehmens als zusätzliche Einnahmequelle zu regeln. Weiter sollen
47 Arbeitnehmer*innen eines Unternehmens über die weitere Verwendung des übrigen
48 Vermögens entscheiden: Bestenfalls, ob das Vermögen wieder investiert wird oder ob es
49 ebenfalls an die Mitarbeiter*innen ausgezahlt wird.

50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

91 Angenommen:
92 Abgelehnt:
93 Überwiesen an: Kommission Erneuerung



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag, Landesparteitag, Ratsfraktion, OB
BETREFF	Anonymisiertes Bewerbungsverfahren

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Wir fordern die konsequente Einführung und Umsetzung des anonymisierten
6 Bewerbungsverfahrens.
7
8 Begründung:
9 Geht es nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dürfen Bewerber*innen nicht
10 wegen ihrer ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder andere
11 Weltanschauungen, eine Beeinträchtigung, des Alters oder der sexuellen Identität
12 benachteiligt werden.
13 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes spricht davon, dass eine hohe
14 Wahrscheinlichkeit bestehe, dass Bewerber*innen in der ersten Stufe des
15 Bewerbungsverfahrens benachteiligt werden. Danach gäbe es Hinweise darauf, dass
16 besonders Frau mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund
17 benachteiligt würden, in dem sie nicht zu Gesprächen oder Einstellungstest eingeladen
18 würden. Ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren würde bei Eintritt in das Verfahren
19 verhindern, dass den Personalverantwortlichen diese Merkmale im Vorfeld bekannt sind
20 und eine Entscheidung beeinflussen. Die Einführung eines anonymisierten
21 Bewerbungsverfahrens ist ein wichtiger Schritt hin zu Chancengleichheit.
22 Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes beschreibt das anonymisierte Verfahren wie
23 folgt: Die Personalverantwortlichen erhalten für die Auswahl kein Foto, keine Auskunft über
24 Alter, Geschlecht, Familienstand oder einen evtl. Migrationshintergrund. Damit soll der
25 Blick ausschließlich auf die Qualifikation der Bewerber*innen gelenkt werden. Fragen nach
26 der Ausbildung, nach der beruflichen Erfahrung und nach der Motivation dürfen weiterhin
27 abgefragt werden.
28 Natürlich kann die Gefahr der Diskriminierungsverlagerung auf das Vorstellungsgespräch
29 nicht ausgeschlossen werden. Allerdings bietet die Einladung zum Vorstellungsgespräch
30 den Bewerber*innen die Möglichkeit sich persönlich vorzustellen und die eigenen Stärken
31 zu präsentieren. Darüber hinaus ist die Demotivation für die einzelnen Bewerber*innen
32 geringer, wenn sie nicht unmittelbar nach Einreichung der Bewerbungsunterlagen eine
33 Absage erteilt bekommen.
34
35
36
37 Angenommen: X
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag, SPD Ratsfraktion, Landes-SPD
BETREFF	Pfand gehört daneben

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Der UB Parteitag möge beschließen

Die SPD-Ratsfraktion Duisburg wird dazu aufgefordert, einen Antrag im Rat der Stadt einzubringen, in dem die Forderung nach Nachrüstung der Mülleimer mit sogenannten Pfandringen im gesamten Stadtgebiet niedergeschrieben ist. Ziel ist es, diese Pfandringe in fünf Jahren an allen Mülleimern im gesamten Stadtgebiet vorzufinden.

Ausgangslage:

Die durchschnittliche Armutgefährdungsquote in NRW liegt bei 18,7% (2017). Noch erschreckender sieht die Situation in Duisburg aus: 29,9% (2017) der Einwohner*innen, also fast jede*r Dritte, ist von relativer Einkommensarmut bedroht! Damit belegt Duisburg mit deutlichem Vorsprung Platz 1 unter den 15 größten Städten Deutschlands!

Begründung:

Pfandsammler*innen gehört bedauerlicherweise zum Bild vieler Städte. Während einige von uns sich keine Gedanken darum machen müssen, was mit den Flaschen passiert, die wir unterwegs achtlos in den Müll werfen, sind viele Menschen auf das Sammeln von Pfand angewiesen. Die Pfandsammler*innen werden dabei vor folgende Probleme gestellt:

Das Fischen in Mülleimern ist für die Betroffenen degradierend, entwürdigend, entmenschlichend. Die Menschen müssen ihren Stolz überwinden, um im Dreck anderer zu wühlen, während sie von allen Seiten abschätzig beäugt werden.

Neben der sozialen Abwertung, der sich die Betroffenen oft ausgesetzt sehen, birgt das Pfandsammeln körperliche Gefahren: In öffentlichen Mülleimern befinden sich oft beispielsweise scharfe/spitze (e.g. kaputte Glasflaschen, Rasierklingen o.Ä.) und unhygienische (e.g. benutzte Heftpflaster) Gegenstände. Es kann zu Verletzungen und Infektionen kommen.

In einem der reichsten Länder der Welt dürfen wir uns niemals damit zufriedengeben, dass überhaupt Menschen darauf angewiesen sind, Pfandflaschen zu sammeln. Bis unser System bereit ist, selbst den Schwächsten der Gesellschaft aus der Misere zu helfen, dürfen wir aber nicht vergessen, die Symptome dieser Systemunzulänglichkeit in der Zwischenzeit zu mildern. In einer Großstadt unter der Führung eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters und mit der SPD als stärkster Ratsfraktion muss es als Selbstverständlichkeit angesehen werden, die beschriebene Problemlast von den Schultern der Pfandsammler*innen zu nehmen. In einigen deutschen Städten, unter anderem Düsseldorf, wurden bereits sogenannte „Pfandringe“ angebracht. Unseren sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet, muss die SPD-Fraktion im Rat der Stadt diesem Beispiel folgen und den Umbau resp. die Optimierung aller Mülleimer im Stadtgebiet erwirken, um den Betroffenen ein Stückweit ihre geraubte Würde wiederzugeben und ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen.

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: Ratsfraktion



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Familienfreundliche Parteitage

1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Zu Mitgliederversammlungen und Unterbezirksparteitagen wird zukünftig eine
6 Kinderspielecke mit Gesellschaftsspielen, Malutensilien, Tischen und Stühlen eingerichtet.
7 Dieses Angebot kann von Mitgliedern /Delegierten kostenfrei genutzt werden.
8

9 Begründung:

10 Im Rahmen der Diskussion um die Erneuerung der SPD wurde deutlich, dass es auch
11 organisatorischer Veränderungen bedarf. So wurde oft bemängelt, dass Genoss*innen oft
12 auf gläserne Mauern stoßen. Hier werden meist die Zeiten, an denen sich Gremien,
13 Ortsvereine u.ä. treffen, genannt. (Junge) Genoss*innen mit Kindern stellt die Teilnahme
14 an Mitgliederversammlungen /Unterbezirksparteitagen oft vor einer organisatorischen
15 Aufgabe, eine Betreuung für ihre Kinder zu finden. Dabei sind es oft Mütter, die durch
16 familiäre Verpflichtungen an der politischen Partizipation gehindert werden. Durch eine
17 Spielecke auf Mitgliederversammlungen / Parteitagen würde ihnen, aber auch Vätern, die
18 aktive Teilnahme von Genoss*innen mit Kindern wesentlich erleichtert. Eine
19 Kinderspielecke lässt sich recht einfach realisieren. Hier reichen etwa ein Tisch mit
20 Malblock und Buntstiften am Rande der Mitgliederversammlung / des Parteitags. Neben
21 dem Abbau von gläsernen Mauern für die aktive Mitarbeit von Genoss*innen, ist eine
22 solches Angebot auch ein deutliches Zeichen nach außen, dass die SPD Duisburg nicht
23 nur eine familienfreundliche Politik in unserer Stadt gestaltet, sondern auch selber lebt.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

36 Angenommen:

37 Abgelehnt: erledigt durch Prüfung der Strukturkommission

38 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Reform von Hartz IV

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen

3 4 **Raus aus dem Dilemma - Warum ein Einfaches "Hartz IV muss weg" nicht reicht**

5 6 Unser Problem

7
8 "Hartz IV" gilt als Symbol für gesellschaftlichen Abstieg und dauerhafte Armut. Sogenannte „Hartz
9 IV-Karrieren“ werden von den Eltern an die Kinder vererbt, was zur Verfestigung der Armut in
10 ganzen Familien und zu sogenannten "Hartz-IV-Karrieren" führt. Für viele ALG II-Bezieher*innen
11 gibt es kaum einen Ausweg aus dieser Leistungsbeziehung; die Wahrscheinlichkeit wieder einer
12 regulären Beschäftigung nachzugehen sinkt mit jedem Jahr der Leistungsbeziehung. Unbestritten
13 ist, dass die SPD durch diese Arbeitsmarktreformen massiv an Vertrauen in der Gesellschaft
14 verloren hat und bis heute darunter leidet. Viele Menschen haben mittlerweile Angst vor der
15 Arbeitslosigkeit und den entsprechenden Maßnahmen, wie z. B. ein evtl. Wohnungsverlust,
16 Einschränkung des Lebensstandards und Verlust der Intimität gegenüber dem Staat und seinen
17 Behörden.

18 Diese Resolution soll einen Beitrag zur aktuellen Debatte in der SPD über das "vierte Gesetz für
19 moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt", kurz: Hartz IV, leisten. Sie erhebt keinen Anspruch
20 auf Vollständigkeit und soll die innerparteiliche Debatte nicht abschließen, sondern ergänzen.

21 22 Hartz IV

23
24 Mit "Hartz IV" wurden ab Januar 2005 unter anderem die Sozial- und Arbeitslosenhilfe
25 zusammengelegt. Mit diesem Schritt hatten viele Sozialhilfeempfänger*innen wieder einen
26 rechtlichen Anspruch auf Arbeitsvermittlung und entsprechender Förderung. Ihnen sollte über
27 diese Aktivierungsmaßnahmen eine neue Perspektive geboten und gesellschaftliche Teilhabe
28 ermöglicht werden. Durch die Zusammenlegung der beiden Transferleistungen wurden viele
29 Sozialhilfeempfänger*innen mit in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen, was zu einer ehrlicheren
30 Statistik zur Arbeitslosigkeit in Deutschland führte. Dadurch ergab sich ein sprunghafter Anstieg
31 der Arbeitslosenzahlen auf über fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland. Beide Maßnahmen
32 können als positive Effekte von "Hartz IV" betrachtet werden.

33 Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass das Niveau des Arbeitslosengeldes an das Niveau der
34 früheren Sozialhilfe angepasst wurde. Damals orientierte sich die Arbeitslosenhilfe prozentual an
35 dem vorherigen Erwerbseinkommen. Mittlerweile werden durch das Arbeitslosengeld II
36 Pauschalbeträge an die Hilfeempfänger*innen ausgezahlt.

37 Der sogenannte Warenkorb zur Berechnung der Leistungen wurde in vielen Bereichen nach unten
38 angepasst. hat kaum eine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Weiter wurde die Bezugsdauer
39 des heutigen Arbeitslosengeldes I von 32 Monate auf 12 Monate reduziert.

40 Mit dem "Hartz-IV-Gesetz" wurde ebenfalls die sogenannte "Option" eingeführt. Generell werden
41 das ALG I und das ALG II von der Agentur für Arbeit verwaltet. Allerdings hatten mit der Einführung
42 der Hartz-Gesetze 69 (unnötig zu erwähnen, dass diese Zahl willkürlich an der Anzahl der Sitze im
43 Bundesrat orientiert ist) Kommunen die Möglichkeit sich als Optionskommune zu bewerben um die
44 Leistungen des ALGs II selbstständig zu verwalten und die Arbeitsvermittlung vor Ort zu gestalten.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

Was sich ändern muss:

- Unser Anspruch muss es sein, den Menschen die Angst vor der Arbeitslosigkeit zu nehmen. Das Arbeitslosengeld muss wieder als Überbrückung von schwierigen Lebenssituationen begriffen werden und darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung, in einer sowieso schon schwierigen Lebenslage, werden. Darüber hinaus muss es uns um eine vernünftige und zielführende Arbeitsvermittlung gehen; hier darf ausschließlich nach fachlicher Qualifikation und vorheriger Tätigkeit entschieden werden. Dafür müssen die Zumutbarkeitsregeln im SGB II § 10 entsprechend geändert werden.
- In der Regel gelingt es rund 7 % der ALG-I-Bezieher*innen im ersten Jahr nicht eine neue Beschäftigung zu finden. Nach einem Jahr erlischt der Anspruch auf ALG I und es muss ALG II bezogen werden. Dies erhöht den Druck und die Angst auf die Arbeitssuchenden. Um Arbeitssuchende von dieser Last zu befreien, muss die Bezugsdauer des ALGs I auf 24 Monate und für ältere Leistungsbezieher*innen auf 30 Monate angehoben werden.
- Weiterhin fordern wir, dass Zeiträume, in denen Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen stattfinden, an die Bezugsdauer des ALG I verlängert wird.
- Nicht nur die Arbeitssuchenden selber leiden unter ihrer Situation. Häufig sind auch ihre Familien davon betroffen. Um die Familien in dieser Situation zu entlasten, darf das Kindergeld nicht mehr auf die Arbeitslosenleistung angerechnet werden.
- Wir sehen die Menschen als soziale Wesen an. Jeder Mensch muss das Recht haben, primär in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, denn Arbeit schafft soziale Einbindung. Das Herauslösen des Menschen aus seinem bisherigen sozialen (e.g. familiären oder freundschaftlichen) Umfeld ist jedoch keine Tatsache, die wir hinnehmen können. Das private Soziale und das Beschäftigungssoziale müssen gleichberechtigt einhergehen.
- Bisher ist nur für wenige Menschen nachvollziehbar, wie ein Wohnungswechsel bei der Überbrückung der Arbeitslosigkeit helfen soll. Der § 22 SGB II muss dahingehend geändert werden, dass Leistungsempfänger*innen nicht mehr zu einem Wohnungswechsel gezwungen werden können.
- Sollten Arbeitssuchende jedoch freiwillig einen Umzug in Erwägung ziehen, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, sollte das Jobcenter dies finanziell unterstützen. Mieter*innen, die durch das Jobcenter betreut werden, müssen besser vor ungerechten Erhöhungen der Nebenkosten geschützt werden. Einen möglichen Orientierungspunkt bietet dabei die Stadt Essen: Es erfolgt die Kostenübernahme einer Mitgliedschaft in der Mietergemeinschaft, damit Betroffene gegen zu hohe Abrechnungen vorgehen können.
- § 12 des SGBs II, der das anzurechnende Vermögen vorgibt, muss gestrichen werden.
- Entsprechen unseres Menschenbilds, dem Menschen als sozialem Wesen, gehen wir davon aus, dass Menschen in Beschäftigung gelangen wollen. Wir sehen den Arbeitsmarkt in seiner heutigen Form, mit garantiertem Mindestlohn und vielen freien Stellen, als wichtigen Ansatzpunkt in dieser Aufgabe. Arbeitgeber*innen müssen stärker für sich werben, um an das geeignete Fachpersonal zukommen.
- Wir wollen langfristig ein potentes Weiterbildungs- und Arbeitsvermittlungssystem entwickeln, dass den Arbeitssuchenden die Möglichkeit gibt, Arbeit entsprechend ihrer Qualifikationen zu finden oder ihre bisherigen Qualifikationen auszubauen. Wir sind uns bewusst, dass Extremfälle gibt, in denen die allgemeinen Weiterbildungs- und Vermittlungsmaßnahmen nicht greifen.
- Anfang 2019 will das Bundesverfassungsgericht über die Zulässigkeit von Sanktionen entscheiden. Danach sollte auch eine Diskussion bei uns über die Sanktionen im SGB II geführt werden.
- Wir empfinden die Anrechnung des Lohns aus Taschengeldarbeiten gleichauf als Zumutung und als Form der Sanktionierung. Wenn Leistungsbezieher*innen und ihre Kinder sich dazu entscheiden, die ihnen zustehenden Leistungen aufzubessern, darf dies nicht bestraft werden.
- Wir bezweifeln, dass die Grenzen der Anrechnung von Nebenjobs an die Regelungen des Sozialgesetzbuches noch zeitgemäß sind. Deshalb fordern wir eine entsprechende flexible Anpassung, die sich an der Höhe des Nebendienstes orientiert.

- 100 ➤ Das Ehrenamt nimmt eine wichtige Funktion in der sozialen Einbindung von Menschen in der
101 Gesellschaft ein. Wir fordern darum, dass Arbeitssuchende von Sanktionen befreit werden, die
102 eintreten würden, während sie diesem Ehrenamt nachgehen.
- 103 ➤ Die Regelsätze im SGB II müssen deutlich erhöht und der Warenkorb gründlich überarbeitet
104 werden. Aktuell werden bei einem Regelsatz von 416 € ca. 145 € für Nahrung veranschlagt.
105 Für Bildung bleiben bei diesem Regelsatz etwas mehr als 1 €. Für Bekleidung bleiben rund 36
106 € und für Haushaltsgeräte etc. bleiben rund 26 €.
- 107 ➤ In Deutschland gilt eine alleinstehende Person mit einem Einkommen von 781 € als arm. Es
108 muss also darüber nachgedacht werden, den Regelsatz auf 800 € anzuheben.
- 109 ➤ Die Regelsätze müssen jährlich an die Inflation angepasst werden
- 110 ➤ Kinder sind im Wachstum und in ihrer Entwicklung einem stetigen Wandel ausgesetzt. Dies
111 bedingt eine ausreichende und ausgewogene Ernährung, aber auch den häufigen Neukauf von
112 Kleidung. Deshalb muss das Ziel der Überarbeitung des Warenkorbs auch sein, eine
113 allgemeine Kindergrundsicherung zu herauszuarbeiten
- 114 ➤ Optionskommunen sind besonders oft strukturschwachen Regionen, grade in den neuen
115 Bundesländern. Tendenziell zeigt sich auch, dass diese Kommunen tendenziell deutlich
116 geringere Steuereinnahmen haben. Die Ausgaben für die Sozialsicherung behindern somit
117 langfristige Investitionen in die Zukunft, die die Strukturen stärken könnten. Alternativ besteht
118 die bereits erwähnte Gefahr der Kostenminimierung in der Grundsicherung. Beides darf nicht
119 gegeneinander ausgespielt werden
- 120 ➤ Die Option stellt keine vernünftige Lösung für die Leistungsempfänger*innen dar. Es besteht
121 die Gefahr, dass die Kosten für Heizung- und Unterkunft zur Haushaltssanierung des
122 kommunalen Haushaltes gekürzt werden. Darüber hinaus ist es für die Kommunen schwierig
123 die Lage auf dem überregionalen Arbeitsmarkt zu überblicken und eine vernünftige
124 Arbeitsvermittlung zu gewährleisten.
- 125 ➤ Um die Jobcenter zu entlasten und den Leistungsempfänger*innen eine bessere Bearbeitung
126 ihrer Anliegen zu ermöglichen, fordern wir, dass die Zahl der Mitarbeiter*innen deutlich erhöht
127 wird.
- 128 ➤ Es bedarf einer Kommission, die sich mit der Entbürokratisierung im Jobcenter beschäftigt.
129 Kernpunkte müssen dabei die Möglichkeiten sein, die sich durch die steigende Digitalisierung
130 ergeben, sowie die Vereinfachung der entsprechenden Rechtsinhalte. Neben entsprechenden
131 Fachleuten möchten wir den Mitarbeiter*innen der Jobcenter die Möglichkeit geben, sich am
132 Entbürokratisierungsprozess zu beteiligen
- 133
- 134 ➤ **Wir bekennen uns zur Reform der bisherigen Grundsicherung, um möglichst viele
135 Menschen in eine sinnstiftende Beschäftigung entsprechender ihre Qualifikationen zu
136 bringen.“**

137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150

151 Angenommen:

152 Abgelehnt:

153 Überwiesen an: Kommission Erneuerung



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	OV Röttgersbach
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Rentenpunkte für das Ehrenamt

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Der UB Parteitag möge beschließen

Die SPD-Bundestagsfraktion möge prüfen, ob nachweislich im Ehrenamt engagierte Menschen unabhängig von ihrer beruflichen Laufbahn im Rentenrecht eine entsprechende Honorierung/Vergütung in Form von Rentenpunkten oder steuerlichen Vorteilen erhalten.

Begründung:

In Deutschland gibt es viele Bürger, die ehrenamtlich tätig sind. Sie engagieren sich u.a. in Vereinen, Tafeln, in der Flüchtlingshilfe und in der Politik. Ihre Leistung für unsere Gesellschaft ist unbestritten. Als eine besondere Anerkennung dieser Arbeit halten wir es für angemessen, wenn es dafür auch von staatlicher Seite eine Unterstützung geben würde.

Sinnvoll wären z.B. Rentenpunkte ähnlich der Mütterrente.

Angenommen: X
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Hartz 4 menschlicher machen – Änderungen jetzt!

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:

3
4 Der Einkommensfreibetrag für Arbeitslosengeld II nach SGB II soll von 100 € auf
5 mindestens 150 € angehoben werden.

6
7 Begründung:

8 Der „Einkommens“-Unterschied zwischen diversen Niedriglohn-Jobs und Hartz IV-Bezug
9 ist teilweise derartig gering, dass der Anreiz gering ist, eine versicherungspflichtige
10 Beschäftigung aufzunehmen. Hinzu kommt, dass bei geringen Nebenverdiensten, die zur
11 Aufbesserung des Einkommens dienen oder gar einen (Wieder)Einstieg ins Berufsleben
12 ermöglichen sollen, durch den geringen Freibetrag von 100 € kaum etwas bei den
13 Menschen verbleibt. Eine Erhöhung des Freibetrages würde hier den Anreiz erhöhen und
14 über ein entsprechend höheres Einkommen auch mehr gesellschaftliche Teilhabe
15 ermöglichen.

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

35 Angenommen: X
36 Abgelehnt:
37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 10
ANTRAGSTELLER	OV Stadtmitte
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Weltoffen-fröhlich-modern: Unsere Lichtsignalanlagen

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Mandatsträger der Duisburger SPD sollen sich im Rat und in den
5 Bezirksvertretungen dafür einsetzen, dass als Sinnbild für unser vielfältiges, modernes
6 und tolerantes Duisburg die entsprechende Fachverwaltung in einem oder mehreren
7 ausgewählten Vierteln Lichtsignalanlagen mit unterschiedlichsten Ampelfiguren u.a. nach
8 Wiener Vorbild aufstellt, soll heißen, die grünen bzw. roten Farbscheiben ersetzt.
9 Ampelmänner, Ampelfrauen, hetero- wie homosexuelle Pärchen, aber auch Eltern mit
10 Kindern, Matrosen, Bergmänner, Stahlwerker.
11 Beispielgebend für andere Bezirke sei hier die Ampelanlagen am T- Stück Hauptbahnhof
12 Duisburg genannt (Mercatorstraße/Friedrich-Wilhelm-Straße)

13 **Begründung:**

14 Die Bergmännchen-Ampel hat den Stein juristisch ins Rollen gebracht, mittlerweile ist
15 geklärt, was eine Lichtsignalanlage zeigen kann und darf.
16 Duisburg wurde zum Beispielgeber für fast jede andere Bergbaustadt.
17 Also: Hinweg mit der Konformität, Duisburg ist 2019, dem Jahr der EU-Wahl vielfältig,
18 weltoffen, tolerant, modern und das kann man insbesondere am Hauptbahnhof Duisburg
19 mit einer neuen Generation Lichtsignalfiguren unter Beweis stellen.
20 12 Ampeln – 12 unterschiedliche Symbole, aber immer ein Duisburg.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Angenommen: X
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 11
ANTRAGSTELLER	UB-Vorstand
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Neukonzeption der Sondernutzungsgebühren-Vereine, Verbände und Nachbarschaftsinitiativen stärken

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Ratsfraktion wird beauftragt, sich für eine Neukonzeption der
5 Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen einzusetzen. Das Ziel soll sein, dass nicht
6 gewinnorientierte Organisationen ab dem 01.01.2020 von Sondernutzungsgebühren
7 befreit werden.
8

9 ***Begründung:***

10 Gemeinnützige Vereine, Verbände und Nachbarschaftsinitiativen prägen das Leben und
11 den Zusammenhalt in unserer Stadt und sind ein wichtiger Faktor für eine gelungene
12 Integration. Oftmals organisieren diese in Eigenregie und ehrenamtlichem Engagement
13 öffentliche Feste und Veranstaltungen. Diese Feste übernehmen eine wichtige Funktion
14 im Zusammenhalt dieser Gesellschaft. Um diese Organisationen unserer Stadt zu
15 unterstützen und das Ehrenamt zu stärken, fordern wir die Abschaffung der
16 Sondernutzungsgebühren für Vereine, Verbände und Nachbarschaftsinitiativen.
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

35 Angenommen: X
36 Abgelehnt:
37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	A 12
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB Parteitag Duisburg, SPD Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Für ein Ende der Todesstrafe

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der
5 Bundesregierung werden dazu aufgefordert, besonders im Falle einer erfolgreichen
6 Kandidatur Deutschlands für den UN-Menschenrechtsrat, Maßnahmen für eine weltweite
7 Abschaffung der Todesstrafe zu ergreifen, um diese zu einem Relikt der Vergangenheit zu
8 machen.

9 ***Begründung:***

10 Obwohl 106 Länder, eine Mehrheit der Länder dieser Welt, diese inhumane Strafe bis zum
11 Jahresende 2017 abgeschafft haben, gibt es weiterhin 23 Länder weltweit, u.a. auch
12 Partnerländer wie die USA oder China, deren Justizsystem nicht ausschließlich auf
13 Resozialisierung basiert und auf diese menschenverachtende Strafe zurückgreift.
14 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist uns bewusst, dass jede Strafe, die
15 nach einem fairen Prozess verhängt wurde, auf eine Wiedereingliederung der Verurteilten
16 in die Gesellschaft abzielt und wir halten es u.a. aus diesem Grund fatal, einem Menschen
17 durch diese Praktik zu verwehren, wieder Teil der Gesellschaft zu werden.

18
19 Des Weiteren wurden laut dem Bericht zur Todesstrafe von Amnesty International bis Ende
20 2017 21.919 Menschen zum Tode verurteilt, was aus unserer Sicht 21.919 Menschen zu
21 viel sind!

22
23 Dabei werden die Verurteilten mit derart grausamen Hinrichtungsmethoden, wie
24 Enthauptungen, Erhängen, Erschießen oder Gifteinjektion getötet, was aus unserer Sicht
25 gegen den dritten Artikel der Menschenrechte verstößt, welcher aussagt: „Jeder Mensch
26 hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“, weil ihm durch die Exekution
27 mit einer dieser schrecklichen Methoden diese Rechte verwehrt werden.

28
29 Außerdem ist bei einem Großteil der Verfahren, welche zu einem Todesurteil führten, nicht
30 festzustellen, dass es sich um ein faires Gerichtsverfahren nach internationalen Standards
31 handelt, wozu nachgewiesen werden konnte, dass Länder wie beispielsweise Bahrain,
32 China, Iran, Irak oder Saudi-Arabien oftmals (gefälschte) Geständnisse, welche zur
33 Verurteilung zum Tode führten, mit Folter oder anderen Misshandlungen erzwangen.
34 Dadurch gibt es tausende Getötete, die in der Hoffnung, sich durch ein gelogenes
35 Geständnis weiterer Folter entziehen zu können, falsche Angaben machten oder sich
36 selbst belasteten, obwohl diese Angaben nicht wahrheitsgemäß zutrafen.
37 Eine weitere Folge ist, dass zahlreiche Unschuldige, oftmals Regierungskritiker*innen

38 durch erzwungene, falsche Geständnisse in Schauprozessen zum Tode verurteilt werden,
39 um sie mundtot zu machen.

40
41 Regime und Regierungen, welche auch normalerweise eine Achtung der Menschenrechte
42 als nicht nötig erachten, schrecken auch nicht davor zurück, Minderjährige zu töten, wie
43 beispielweise im Iran, wo laut einem Bericht von Amnesty International 2017 mindestens
44 fünf Menschen umgebracht wurden, welche zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Tat
45 jünger als 18 Jahre alt waren.

46
47 Wir werden dabei nicht länger zusehen und mit allen Mitteln gegen die Todesstrafe
48 vorgehen, deren Praxis wir weiterhin und konsequent, auch bei unseren Partnerländern,
49 kritisieren und auf ein generelles Verbot dieser menschenverachtenden Strafe hinarbeiten.
50 Es ist mit unserem gesellschaftlichen Menschenbild nicht zu vereinbaren, einen Menschen
51 nach einem erzwungenen Geständnis, aber auch nicht nach einem fairen Gerichtsprozess
52 gemäß internationaler Standards zum Tode zu verurteilen.

53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89

Angenommen: X
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	Ä1 zu S1
ANTRAGSTELLER	JUSOS
ADRESSAT	UB-Parteitag
BETREFF	Änderung UB Satzung § 9

1 Der UB-Parteitag möge beschließen:

2
3 „§ 7 Unterbezirksparteitag“ und „§ 9 Unterbezirks-Mitgliederversammlung“ werden wie
4 nachfolgend geändert:

5 6 § 7 Unterbezirksparteitag

- 7
8 1. Der Unterbezirksparteitag sowie die Unterbezirks-Mitgliederversammlung
9 nach § 9 der Satzung sind ~~ist das~~ die obersten Organe des Unterbezirks. Sie
10 ~~Er~~ entscheiden über die im Unterbezirk durchzuführenden politischen und
11 organisatorischen Aufgaben. Der Unterbezirksparteitag ~~Er~~ findet mindestens
12 dreimal im Jahr statt und setzt sich zusammen aus:

13 [...]

14
15 ~~4. Zu den besonderen Aufgaben des Unterbezirksparteitages gehören:-~~

- 16 5. Der Unterbezirksparteitag kann, wie auch § 9 Abs. 7, nachfolgende Aufgaben
17 wahrnehmen:

18
19 Die Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des UB-Vorstandes, der
20 Ratsfraktion, der Bundestags- und Landtagsabgeordneten und der Revisorinnen
21 bzw. Revisoren;

22
23 die Wahl des UB-Vorstandes, der Revisorinnen bzw. Revisoren, der Delegierten zu
24 den Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen, der Mitglieder der
25 Schiedskommission und des Bezirksausschusses und deren Vertreterinnen bzw.
26 Vertreter, der Kandidatinnen bzw. Kandidaten für den Rat der Stadt sowie die Wahl
27 der Kandidatinnen bzw. Kandidaten für die Bezirksvertretungen und der auf das
28 Gebiet der Stadt Duisburg entfallenden Kandidatinnen bzw. Kandidaten für die
29 Landtags- und Bundestagswahlkreise;

30 [...]

31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

§ 9 Unterbezirks-Mitgliederversammlung

[...]

Der UB-Vorstand teilt den Mitgliedern des UB-Ausschusses sowie allen OV-Vorsitzenden des Unterbezirks sowie den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften

3. auf UB-Ebene den Termin der Mitgliederversammlung mit der Aufforderung, Anträge binnen ~~zwei~~ vier Wochen einzureichen, mit.

Anträge, die nach dieser Frist eingehen, können nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu gelassen werden.

[...]

6. Die Antragsberechtigung ergibt sich aus Abs. 2 sowie § 7, Abs. 8 der Satzung.
7. Die Unterbezirks-Mitgliederversammlung kann, wie auch § 7 Abs. 4, nachfolgende Aufgaben wahrnehmen:

Die Entgegennahme der Berichte über die Tätigkeit des UB-Vorstandes, der Ratsfraktion, der Bundestags- und Landtagsabgeordneten und der Revisorinnen bzw. Revisoren;

die Wahl des UB-Vorstandes, der Revisorinnen bzw. Revisoren, der Delegierten zu den Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag, der Mitglieder der Schiedskommission und des Bezirksausschusses und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter, der Kandidatinnen bzw. Kandidaten für den Rat der Stadt sowie die Wahl der Kandidatinnen bzw. Kandidaten für die Bezirksvertretungen und der auf das Gebiet der Stadt Duisburg entfallenden Kandidatinnen bzw. Kandidaten für die Landtags- und Bundestagswahlkreise;

- ~~7.~~ 8. Das Protokoll der UB-Mitgliederversammlung wird den OV-Vorsitzenden und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugeleitet und auf der Homepage des Unterbezirks veröffentlicht.

Begründung:

68 Schon der letzte satzungsändernde UB-Parteitag konnte mit der Verankerung der UB-
69 Mitgliederversammlung in der Satzung weitreichende positive Veränderungen hin zu mehr
70 innerparteilicher direkter Demokratie beschließen.

71 *Dieser Weg war gut und richtig.*

72 *Doch er ist unvollendet.*

73
74 Natürlich sollten auch alle Mitglieder – und nicht nur privilegierte Delegierte – über z.B.
75 einen neuen UB-Vorstand entscheiden. Das ist gelebte Beteiligung am Puls der Zeit. Das
76 ist „mehr Demokratie wagen“.

77 Denn, wer Stimmrecht schafft, gibt mehr Raum für Beteiligung. Wer Beteiligung fördert,
78 schafft Attraktivität. Das kann zu einer mitgliederstärkeren Partei führen.

79
80 Lasst uns über Akzeptanz reden. Hier ist ein Mehr an Beteiligung förderlich. Denn, wer
81 Entscheidungsfindungen „hautnah“ miterlebt, akzeptiert diese eher als durch Mitteilungen.

82

83 Daher, auf geht's für mehr Beteiligung und Mitbestimmung.

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112 Angenommen:

113 Abgelehnt: X

114 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

RESOLUTION	R 1
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte, OV Bergheim
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesvorstand
BETREFF	Kindergrundsicherung durchsetzen!

1
2 Die Duisburger SPD bekennt sich mit Nachdruck zu den entwickelten Vorschlägen für eine
3 Kindergrund-sicherung, die der Parteivorstand in seinem Vorschlag „Ein neuer Sozialstaat
4 für eine neue Zeit“ vorgestellt hat. Wir unterstützen das Ziel, allen Kindern mit einer
5 Kindergrund-sicherung ein gutes und gesundes Aufwachsen zu ermöglichen und bislang
6 einzeln ausgezahlte, einzeln zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende
7 Leistungen zusammenzuführen. Von dem in Rede stehenden Höchstbetrag von 620 €
8 können für Kinder aus Familien mit ALG II-Bezug und geringen Einkommen unabhängig
9 vom Engagement der Eltern die Bildungschancen und –gerechtigkeit erhöht sowie die
10 Teilhabe an diversen schulischen und außerschulischen Aktivitäten/Angeboten verbessert
11 werden. Eine stufenweise, einkommensabhängige Absenkung dieses Betrages leistet
12 zudem einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit, denn Eltern mit höheren Einkommen
13 sollen nicht mehr Leistungen für die elterliche Betreuung und Erziehung erhalten, als
14 Familien mit weniger Einkommen.

15
16 Wir fordern den SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, diese
17 Überlegungen zeitnah in ein schlüssiges und gegenfinanziertes Gesamtkonzept zu
18 überführen und anschließend alles dafür zu tun, eine Umsetzung noch in dieser
19 Legislaturperiode zu gewährleisten. Sollte es in diesem Zeitraum im Deutschen Bundestag
20 keine Mehrheit finden, ist dieses Konzept als wesentlicher, unverhandelbarer Bestandteil
21 künftiger Koalitionsverhandlungen zu behandeln.

22
23 Damit die Unterstützung auf reale Wirkung entfaltet, fordern wir den SPD-Bundesvorstand
24 und die SPD-Bundestagsfraktion gleichzeitig auf, in der Konkretisierung der Vorschläge
25 zur Kindergrundsicherung festzuschreiben, dass die Kindergrundsicherung nicht auf das
26 ALG-II der Eltern angerechnet wird.

27
28
29
30
31
32
33
34
35

36 Angenommen: X
37 Abgelehnt:
38 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 09.07.2019

SPD Duisburg

ANTRAG	S 1
ANTRAGSTELLER	UB-Vorstand
ADRESSAT	UB-Parteitag
BETREFF	Änderung UB Satzung § 9

1 Der UB-Parteitag möge beschließen:

2

3 Der § 9 der UB-Satzung erhält folgende Fassung:

4

1. Der UB-Vorstand kann anstelle des UB-Parteitages eine Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks einberufen (UB-Mitgliederversammlung). Er hat die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaft nach Beschlussfassung darüber unverzüglich zu informieren.
2. Wird die UB-Mitgliederversammlung nach Abs. 1 einberufen, sind Anträge bis 5 Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung einzureichen. Anträge, die nach dieser Frist eingehen, können nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung zugelassen werden.
3. Die UB-Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen: auf Beschluss des UB-Parteitages, des UB-Vorstandes oder des UB-Ausschusses – oder auf Antrag in Textform von mindestens 200 Mitgliedern unter Angabe der zu beratenden Tagesordnungspunkte/Anträge
4. Wird die UB-Mitgliederversammlung nach Abs. 3 einberufen, teilt der UB-Vorstand dies den Vertreterinnen und Vertretern der Ortsvereine sowie den beratenden Teilnehmer*innen des UB-Ausschusses unverzüglich mit. Anträge können in diesen Fällen bis 2 Tage vor der Mitgliederversammlung eingereicht werden. Anträge, die zum Zeitpunkt des Einladungsversandes noch nicht vorliegen, werden auf der UB-Mitgliederversammlung beim Empfang verteilt
5. Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung sowie den vorliegenden Anträgen ist den Mitgliedern in der Regel vier Wochen vor der Versammlung oder unverzüglich nach der Beschlussfassung des UB-Parteitages, des UB-Vorstandes oder des UB-Ausschusses über die Einberufung einer Mitgliederversammlung zuzusenden.
6. Die UB-Mitgliederversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.
7. Die Antragsberechtigung ergibt sich aus Abs. 2 sowie § 7, Abs. 8 der Satzung.
8. Das Protokoll der UB-Mitgliederversammlung wird den OV-Vorsitzenden und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugeleitet und auf der Homepage des Unterbezirks veröffentlicht.

5

6 **Begründung:**

7 Die aktuell geltenden Fristen haben sich als unpraktikabel herausgestellt, weil sie nur auf
8 kurzfristig einberufende MVen ausgerichtet waren. Die Neufassung unterscheidet jetzt
9 zwischen längerfristig geplanten (Abs. 1) und kurzfristig einzuberufenden MVen (Abs. 3).
10 Der Vorschlag wurde von der Strukturkommission des UB erarbeitet und verabschiedet.

11

12

13 Angenommen: X

14 Abgelehnt:

15 Überwiesen an: